

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB,
stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Bundes-
tagsfraktion, stellt 13
Thesen zur Gestaltung der
deutsch-deutschen Bezie-
hungen vor. Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB,
Obmann der SPD im Ver-
kehrsausschuß des Deut-
schen Bundestages, setzt
sich mit der Verkehrs-
sicherheitspolitik der
Bundesregierung auseinan-
der: Die Gurtfrage ist
nicht ideologischer Natur.
Seite 4

Inge Wettig-Danielmeier
MdL, Vorsitzende der Ar-
beitsgemeinschaft sozial-
demokratischer Frauen,
zum Tod von Marie Schlei:
Die engagierte Politike-
rin wird uns unvergessen
bleiben. Seite 5

Dokumentation

Auszüge aus dem Schluß-
papier eines Treffens von
Wirtschaftsexperten bei
Helmut Schmidt: Die
Schlüsselrolle der Zinsen.
Seite 7

38. Jahrgang / 102

31. Mai 1983

13 Thesen

Perspektiven der Deutschlandpolitik in den 80er Jahren

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für innerdeutsche Beziehungen,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

1. Aktuelles und vorrangiges Ziel der Deutschlandpolitik muß es gegenwärtig sein, größtmögliche Beiträge zur Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt zu leisten. Die Einsicht, daß bei einem großen militärischen Konflikt der Weltmächte die Deutschen in beiden Staaten als Verlierer und Opfer von vornherein feststehen, verpflichtet deutsche Politiker in Ost und West zu besonderen Anstrengungen, um den Konflikt zu vermeiden. Das erfordert die Fortsetzung der Entspannungspolitik auch zwischen beiden deutschen Staaten. Nicht Spannung und Verschärfung dürfen von ihnen ausgehen, sondern Impulse in beide Bündnisse hinein, friedenssichernde Bemühungen mit Ausdauer fortzusetzen und zu verstärken.
2. Zur kontinuierlichen Fortsetzung der früheren Deutschlandpolitik gibt es keine vertretbare Alternative. Kontinuität ist dabei nach dem gegenwärtig erreichten Stand, nicht nach Vorstellungen der 50er oder 60er Jahre zu bestimmen. Kontinuität erfordert über die bloße Einhaltung der Verträge hinaus das ständige Bemühen um Ausfüllung und Fortentwicklung. Rückschläge und Schwierigkeiten auf diesem Weg müssen im Geist der Verständigungsbereitschaft überwunden werden. Sie dürfen nicht zum Anlaß genommen werden, Konflikte zu verschärfen und die Verschlechterung der Beziehungen zu der DDR betreiben.
3. Über den bereits erreichten Stand hinaus sind die Bemühungen um den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten und um den Abschluß der in Artikel 7 des Grundvertrages genannten Abkommen fortzusetzen. Auch dort, wo die Erfolgsaussicht noch sehr problematisch ist, wie zum Beispiel beim Rechtshilfeabkommen, dürfen die Gespräche nicht abreißen.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

Lesen sparen Umwelt
mit dem neuen
Recycling-Papier



4. Unvoreingenommen sollten bisherige Positionen der Bundesrepublik darauf überprüft werden, ob sie nicht doch Bewegung und damit Fortschritt in Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zulassen. Es könnte aussichtsreich sein, die offene Frage des Verlaufs der Elbegrenze in diese Überprüfung einzubeziehen. Die mögliche Konfliktrichtigkeit der bisherigen Unklarheit, die dort jahrzehntelang bestehende Praxis und neu aufgefundene Unterlagen über die nach dem Krieg getroffenen Vereinbarungen könnten diese Überprüfung zu neuen Ergebnissen führen. Unvoreingenommen sollte auch die Frage gestellt werden, ob die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter weiterhin angemessen und nützlich ist. Dabei könnte zu denken geben, daß sie in über 20 Jahren ihres bisherigen Bestehens etwa zwei Verurteilungen ermöglicht hat, zu denen es wahrscheinlich auch ohne Informationen aus Salzgitter gekommen wäre.
5. Veränderungen, die trennend wirken würden, müssen weiterhin außer Betracht bleiben. In der Diskussion in der Frage um die deutsche Staatsbürgerschaft kann durch Klarstellung unserer Rechtsauffassung und eindeutige Sprache erreicht werden, daß auch die DDR hier kein nennenswertes Problem mehr sieht. Zur Klarstellung gehört, daß wir mit unserem Staatsangehörigkeitsrecht keine Rechte der Deutschen Demokratischen Republik verletzen. Denn wir zwingen die deutsche Staatsangehörigkeit niemandem auf und nehmen niemanden gegen seinen Willen in Anspruch. Zur Klarstellung in der Praxis gehört, daß Fehlgriffe bei der Erteilung und Einbeziehung von Pässen ebenso unterbleiben wie etwa bei der Einberufung zum Wehrdienst. Eindeutige Sprache muß der Tatsache Rechnung tragen, daß wir nach Artikel 6 des Grundvertrages die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der DDR und damit auch ihre Personalhoheit und ihre Regelungskompetenz in Fragen ihrer Staatsbürgerschaft respektieren. Nachdem letztlich auch das Bundesverwaltungsgericht festgestellt hat, daß der Erwerb der DDR-Staatsbürgerschaft nicht ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit vermittelt, wird die vielfach ausgesprochene Behauptung falsch, es gäbe nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.
6. Das Erfordernis der Ausgewogenheit von Leistungen und Gegenleistungen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ist selbstverständlich. Die Bewertung darf aber nicht nur nach materiellen Maßstäben stattfinden. Die durch Leistungen und Handel entstandene Interessenverflechtung, die positiven Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR und die durch materielle Leistungen ermöglichten sonstigen Beziehungen und Verbindungen haben bei dieser Abwägung sehr gewichtigen Wert.
7. Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen in beiden Staaten sind fortzuführen und auszubauen. Einschränkungen aus allgemein-politischen Gründen sind keine Instrumente, deren Gebrauch den Interessen der Menschen in beiden Staaten dient.
8. Die erfreulicherweise auch nach dem Regierungswechsel geführten Gespräche zwischen Repräsentanten beider Staaten müssen fortgesetzt werden. Das Bemühen um den Besuch des SED-Generalsekretärs in der Bundesrepublik darf nicht aufgegeben werden. Es darf erst recht nicht durch ausgiebige Spekulationen und durch Vorbedingungen erschwert beziehungsweise wirkungslos gemacht werden. Selbstverständlich ist, daß solche Gespräche nicht der Verschleierung von Problemen und Gegensätzen dienen dürfen. Selbstverständliche Erfahrung ist aber auch, daß sie im allgemeinen konstruktiv verlaufen und auch ohne Vorbedingungen Ergebnisse bringen oder auf längere Sicht ermöglichen.



9. Für verstärkte Begegnungen zwischen den Menschen auf allen Ebenen und in allen möglichen Formen ist nachhaltig zu werben. Dabei sollten im Rahmen der Kontakte zwischen Verbänden und Einrichtungen auch Gesprächsverbindungen zwischen den Parteien gesucht werden. Eine entsprechende Aufforderung Hans-Jochen Vogels in seiner Tutzingener Rede vom 26. November 1982 ist bisher leider weitgehend unbeachtet geblieben. Begegnungen müssen freilich von gutem Willen, gegenseitigem Respekt und Gemeinschaftsgefühl getragen sein. Die Erfahrungen, die DDR-Sportler - und in Solidarität mit ihnen alle DDR-Bürger - während der Eishockey-Weltmeisterschaft in Dortmund machen mußten, sind für sie bitter und für uns beschämend.
10. Chancen zur Unterstreichung und Bekräftigung von Gemeinsamkeiten müssen von unserer Seite aufmerksam, engagiert und ohne Befrachtung mit weitergehenden politischen Absichten genutzt werden. Das Luther-Jahr bietet eine solche Chance. Sein Erlebnis spricht für sich, ohne daß dabei gesamtdeutsche Überlegungen ausdrücklich in den Vordergrund gestellt werden müssen. Gleiches gilt für die erfreulich vermehrten und verdichteten kirchlichen Kontakte allgemein.
11. Die besonderen Bemühungen um humanitäre Hilfe in Einzelfällen müssen in der bewährten Form - und auch unter Inkaufnahme ihrer Besonderheiten - fortgesetzt werden. Dieses Feld eignet sich weder für Experimente noch für publizistische Meinungskämpfe. Viele bedrängte - und oft verzweifelte - Menschen wären jedesmal die Leidtragenden. Berechtigter- und notwendigerweise hat die Bundesregierung deshalb dafür Sorge getragen, daß dieser Bereich von der Diskussion um die Verwendung bestimmter Geldmittel im Innerdeutschen Ministerium unbelastet bleibt.
12. Auch wenn die äußere Sicherheit, die Bindungen an die Bundesrepublik und die Verkehrszugänge West-Berlins nicht mehr in Frage stehen, ist Berlin keine Stadt wie jede andere. Ihre Geschichte und ihre Lage weisen ihr besondere Aufgaben zu, die sie lebhaft und attraktiv erfüllen muß. Das wird weiterhin vielfältige und nachhaltige Unterstützung aus dem Bundesgebiet erfordern. Sie müssen gewährt werden, am besten weiterhin im Konsens aller Parteien.
13. Die überaus positive Wirkung der Ostverträge für die Entwicklung in Deutschland muß erhalten bleiben. Sie sind zwar im rechtlichen Sinne keine Grenzenerkennungsverträge, schließen es aber aus, daß von der Bundesrepublik Deutschland die in den Verträgen vorausgesetzten bestehenden Grenzen in Frage gestellt werden. Wer das gleichwohl tut, kann nicht in rein juristischen Überlegungen seine Rechtfertigung suchen. Denn er beschädigt die politische Grundlage der Entspannung in Europa und damit auch der gesamten bisherigen Deutschlandpolitik. (-/31.5.1983/ks/rs)

+ + +



Verkehrssicherheit hat Vorrang

Die Gurtfrage hat nichts mit "individueller Freiheit" zu tun

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Aktivitäten oder besser die Inaktivitäten von Bundesverkehrsminister Dollinger drohen einen sich abzeichnenden positiven Trend in der Verkehrssicherheit der letzten zehn Jahre zu brechen. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Verkehrsverletzten um vier Prozent gesunken, obwohl die Fahrleistungen um ein Viertel gestiegen sind und der Bestand an Kraftfahrzeugen um vier Prozent höher lag als im Zeitraum davor. Um ganze 29 Prozent ist sogar die Zahl der im Verkehr Getöteten gesunken, was bedeutet, daß von 1973 bis 1982 die Zahl der Verkehrstoten pro 1.000 Kraftfahrzeuge um nahezu die Hälfte verringert werden konnte.

Nun ist eingetreten, was viele Verkehrsexperten nach dem Stop Dollingers für ein Bußgeld für Gurtmuffel befürchtet hatten: Die Bereitschaft der Autofahrer, sich anzuschnallen, ist im Durchschnitt nach Berechnungen der BAST (Bundesanstalt für Straßenwesen) um vier Prozent zurückgegangen. Damit hat sich die Aufwärtsbewegung der Gurtanlagequoten im Jahre 1982 gegenüber den beiden Vorjahren nicht fortgesetzt: im Gegenteil. Als ausgesprochen bedenklich muß erscheinen, daß auf den besonders unfallgefährdeten Stadtstraßen, wo der Gurt seine größte Wirkung entfaltet, die Gurtanlagequote um sechs Prozent-Punkte auf nur noch 44 Prozent gegenüber der letzten Erhebung von September/Oktober 1982 gefallen ist. Auf Landstraßen schnallten sich nur noch 67 Prozent (68 Prozent davon), auf Autobahnen nur noch 81 Prozent (84 Prozent) aller Autofahrer an.

Der Bundesverkehrsminister, der die entsprechende Bußgeldvorlage der sozialliberalen Koalition nach dem Regierungswechsel eilends zurückgezogen hatte, findet diese Zahlen "traurig". Als Konsequenz schwebt ihm vor, wie er in einem Rundfunkinterview mitteilte, eine neue "Werbekampagne" für den Gurt zu starten, denn der Bürger schnallt sich nach Dollingers Meinung nicht an, wenn er Bußgeld zahlen muß, eher dann "wenn er überzeugt ist, daß das in seinem eigenen Interesse liegt". Soweit der Bundesverkehrsminister.

Der Verkehrsexperte, der Bürger und Autofahrer, steht solchen Vorstellungen fassungslos gegenüber. Nicht nur, daß die Zahlen eine deutliche Sprache sprechen, nicht nur, daß die regierungsamtliche Kölner Bundesanstalt nicht ausschließen will, daß der Rückgang eines Verwarnungsgeldes zurückzuführen ist - sämtliche internationalen Erfahrungen entlarven Dollingers Reaktion als Hilflosigkeit und Ignoranz.

Nun haben Politiker allemal das Recht auf Irrtum und Fehlverhalten. Sie sollten jedoch, wenn sich ihre Fehler so offensichtlich herausstellen, die Fähigkeit zur Einsicht und Umkehr besitzen, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden wollen. Werbekampagnen sind jedenfalls kein Ersatz für eine solche Haltung, sondern signalisieren, daß der Bundesverkehrsminister ein für die Autofahrer durchaus nicht ungefährliches gestörtes Verhältnis zur Realität hat. Die Verkehrssicherheit darf nicht zum Spielplatz für ideologische Auseinandersetzungen um Begriffe wie "Dirigismus" oder "Eigenverantwortung" werden. Es steht zuviel auf dem Spiel. Dollinger sollte diese Lektion bald lernen, bevor der bereits entstandene Schaden noch größer wird.

(-/31.5.1983/ks/rs)

+ + +



Trauer über den Tod von Marie Schlei

Die sozialdemokratischen Frauen werden die engagierte Politikerin nicht vergessen

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Marie Schlei wird am 2. Juni 1983 in Berlin beigesetzt. In Berlin hat sie die ersten Schritte aus einem ganz und gar typischen Arbeiterkinder- und Frauenleben herausgetan und sie ist der Stadt auch in ihrer Bonner Zeit eng verbunden geblieben. Marie Schlei wurde 1919 in Pommern geboren. Ihr Vater war Klempner, ihre Mutter ungelernete Fabrikarbeiterin. Sie wuchs in Armut, aber, nach eigener Aussage, in großer familiärer Solidarität auf. Sie heiratete, bekam einen Sohn, der Mann fiel im Krieg. Nach der Flucht kam sie über Umwege 1947 nach Berlin.

Die äußeren Tatsachen ihres weiteren Lebensweges sind schnell erzählt. Nach Tätigkeiten als Verkäuferin, Postangestellte und Angestellte bei der Kommunalverwaltung nutzt sie die Chance - ohne Abitur - eine Sonderausbildung als Lehrerin zu machen, unterrichtet im Arbeiterbezirk Wedding, wird Rektorin, dann Schularätin. Sie heiratet wieder, hat zwei weitere Kinder, wird geschieden. 1969 wird entdeckt, daß sie Krebs hat. Im gleichen Jahr zieht sie, ungebrochen in ihrem Durchhaltevermögen, ihrer Arbeitskraft und ihrem Pflichtbewußtsein, als Berliner Abgeordnete in den Bundestag ein. Im Mai 1974 wird sie im ersten Kabinett Helmut Schmidt Parlamentarische Staatssekretärin im Kanzleramt und damit zuständig unter anderem für die Kontakte zu den Abgeordneten, der SPD-Fraktion und der Partei. Nach den Wahlen im Oktober 1976 wird sie Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Nach breit angelegten Pressekampagnen gegen sie wird sie bei der Kabinettsumbildung im Februar 1978 als Ministerin abgelöst. Sie wird Vorsitzende des Außenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion. Nach der Wahl 1980 wird sie in den Fraktionsvorstand gewählt. Im Herbst 1981 sieht sie sich aber gezwungen, ihr Bundestagsmandat niederzulegen. 14 bis 16 Stunden täglich hat sie all die Jahre gearbeitet, selbst nach 1979 in der Zeit der intensiven Krebstherapie. Seit 1980 beginnt sie den Kampf gegen die Krankheit zu verlieren.

Als Marie Schlei 1978 als Entwicklungshilfeministerin abgelöst wurde, und damit nur noch eine "Konzessionsfrau" im Kabinett überblieb, schrieb Alice Schwarzer über die Umstände ihrer Ablösung: "Die abgeschobene Ministerin war kaum der Rede wert. Kein Wort über ihre Arbeit. Kein Wort über ihre Politik." Und weiter über ihre Ablösung: "Kein Wort auch darüber, daß damit nicht nur die Person, sondern alle Frauen getroffen werden." Anlässlich ihres Todes haben Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel sie als herausragende, so kompetente wie menschliche Sozialdemokratin gewürdigt. In diesen Aussagen liegt kein Widerspruch. Marie Schlei war beides: Mit allem, wofür sie stand, Sozialdemokratin, und zugleich eine der in diesen politischen Höhen seltenen unangepaßten Frauen.

Sie war Teil der sozialdemokratischen Tradition, in der eine intelligente Frau trotz der formalen Bildungsgrenzen ihrer Herkunft ihren Weg machen konnte. Sie war sich dieser Unterstützung immer dankbar bewußt. Ihre Verwurzelung in der sozialdemokratischen Tradition und die Verpflichtung zur praktischen Einlösung der Utopie von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität hat sie selbst einmal so ausgedrückt: "Jedes unserer nach mühseliger Arbeit erkämpfte sozialpolitische Gesetz habe ich als späten Gedenkstein für mein früh im Elend gestorbenen Arbeitereltern angesehen. Menschen wie sie haben niemals erwartet, daß innerhalb einer Generation die soziale Lebenswirklichkeit der deutschen Arbeiterschaft so positiv verändert werden könnte, obwohl Mutter und Vater beide glaubensstark und durchaus zur Utopie fähig waren. - Das aber macht die Hauptbelastung des sozialdemokratischen Politikers aus, den entscheidenden, oft sehr kleinen strategischen Schritt zu finden, der für die Verwirklichung unserer konkreten Utopie des Godesberger Programms zu gehen ist."



In diesem Sinne übersetzte sich Willy Brandts Leitmotiv "Mehr Demokratie wagen" für sie in "Mehr Freiheit wagen, mehr Gerechtigkeit schaffen, mehr Solidarität beweisen".

Sie war aber auch in die Zwänge einbezogen, in einer ausschließlich auf Männerbedürfnisse eingestellten Umgebung leben und arbeiten zu müssen. Sie hat mit ihrem Leben bewiesen, daß Kinder-Großziehen und politisches Engagement sich nicht ausschlossen. Sie war sich aber auch über den Verschleiß im klaren, dem sie sich unterzog. Sie hat sich an die Männergesellschaft, und darin bestand ein Teil ihrer persönlichen politischen Tragik, aber auch ihre Stärke nicht angepaßt. Sie gehörte zu denen, die sich nicht genierten, für frauenpolitische Belange einzustehen. Im Gegenteil hat sie dies mit großer Tatkraft und mit ihrem Temperament getan.

Sie hat um den Paragraphen 218 gekämpft. Jeder und jedem, die oder der dabei war, ist unvergessen, wie sie am Abend der Verkündung des Bundesverfassungsgerichtsurteils gegen die Fristenregelung mit auf die Straße ging und in ihrer Rede vor der Bonner Beethoven-Halle - bei allem Respekt vor dem Verfassungsgericht - wütend und entschlossen deutlich machte, daß der Kampf weitergehen müsse. Damals war sie Parlamentarische Staatssekretärin im Kanzleramt. Sie hat als Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Reform des Paragraphen 218/Soziale Ergänzungsmaßnahmen" für ein Beratungs- und Hilfsangebot gestritten, das es zuvor nicht gab.

Auch als Entwicklungshilfeministerin - eine Aufgabe, in der sie bis heute gerne von männlichen Kommentatoren als glücklos bezeichnet wird - hat sie zwei wesentliche Schritte durchsetzen können: Die Aufstockung des Etats und die Einführung besonderer Förderprogramme für Frauen in der Dritten Welt, auch dort die Hälfte der Bevölkerung und in vielen Regionen die eigentlich Verantwortlichen für die Nahrungsmittelversorgung der Familie. Zugleich hat sie sich nie auf "typische" Frauenaufgaben oder -ressorts abdrängen lassen.

1982 hat Marie Schlei anlässlich des Rücktritts von Antje Huber ein bitteres Interview gegeben. Damit konnte auch dem letzten klar werden, daß sie sich mit den eingefahrenen Grenzen der Menschlichkeit in der Politik nicht abfand. Sie sagte: "Das Wort 'Scheitern' möchte ich so nicht übernehmen. So tüchtige Frauen wie Käthe Strobel, Katharina Focke oder auch Antje Huber sind ja nicht persönlich gescheitert. Mit vielen der Reformen, die sie durchgesetzt haben, wurde Millionen von Menschen geholfen. Nicht die einzelne Frau in diesem Amt ist gescheitert, sondern die Bonner Männerwelt, die sehr schnell alle Vorurteile parat hat, wenn eine Frau einmal Fehler macht wie jeder Mann auch. Da reichen dann ein paar diskriminierende Worte wie 'glücklos', 'graue Maus', 'Kabinettsdame'." Sie fährt fort: "Alle, die in Bonn Meinung machen - die Ministerialbürokratie, die Journalisten, die Partelleute -, sind ganz überwiegend Männer, die eben in der Bewertung auch Männermaßstäbe anlegen. Für diese Männer ist die alte Ordnung gestört, wenn eine Frau ganz oben ist, beispielsweise als Ministerin. Das kommt sicher aus dem Unbewußten. Wenn Frauen Karriere machen, dann ist das für Männer eigentlich revolutionär."

Sie hat den Finger darauf gelegt, wie sehr die Welt der Politik und der öffentlichen Meinungsbildung als "Männerbund" organisiert ist, in der eine Frau, die den entscheidenden Schritt zu weit tut, und ganz vorn steht, aufläuft.

Die Frauen in der SPD wußten immer, was sie an Marie Schlei hatten. Bei mehr als einer Gelegenheit gab es, wenn sie den Saal betrat - ganz unprotokollarisch und gleich, wo das Programm gerade angekommen war - stehende Ovationen für sie. Die Frauen haben gewußt und ihr gedankt, daß sie, die als Sozialdemokratin beispielhaft aufgestiegen ist, sich nicht von ihnen distanziert hat, vielmehr stets und immer für sie gekämpft hat.

Wir werden Marie Schlei nicht vergessen.

(-/31.5.1983/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Im Schloßhotel Tremsbüttel haben am 29. und 30. April 1983 auf Einladung der Körber-Stiftung führende Wirtschaftsfachleute mit dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt die weltwirtschaftliche Lage erörtert und Schlußfolgerungen gezogen. Der SPD-Pressedienst veröffentlicht das Resümee des Treffens, das in der Presse auch als "alternative Gipfelkonferenz" bezeichnet worden ist, in Auszügen. Die Liste der Teilnehmer ist den Auszügen beigelegt:

Der kritische Zeitpunkt des Gipfels von Williamsburg.

1. Der Wirtschaftsgipfel von Williamsburg findet zu einem kritischen Zeitpunkt statt. Die Sicherheit der freien Welt ist heute in zweifacher Weise gefährdet: durch die Verschärfung der Spannung und des Rüstungswettlaufs zwischen West und Ost und durch die Gefahr einer anhaltenden Weltwirtschaftskrise. Wenn es unseren Regierungen nicht gelingt, das Vertrauen in ihre Fähigkeit wieder zu stärken, mit dieser doppelten Krise fertig zu werden, dann kann es zu einer politischen Destabilisierung kommen. Es ist die vordringlichste Aufgabe, für eine anhaltende Erholung der Weltwirtschaft anstatt nur gelegentlicher, regional begrenzter Belebung der Wirtschaftstätigkeit zu sorgen.
2. Die Weltwirtschaft befindet sich in einem schlechten Zustand. In den westlichen Industrieländern sind über 32 Millionen Menschen arbeitslos. Selbst wenn diese Länder wieder zu einer durchschnittlichen Wachstumsrate von drei Prozent zurückfänden, würde damit die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren nicht sinken. Die realen Zinssätze sind nach wie vor extrem hoch. Die Wechselkurse der Schlüsselwährungen haben sich bedrohlich auseinanderentwickelt. Im internationalen Handel herrscht kurzsichtiger nationaler Egoismus vor. Das Bankwesen ist national wie international starken Belastungen ausgesetzt. Viele Entwicklungsländer befinden sich in einer bedrohlichen Lage. Positiv ist, daß die Inflationsrate in den Industrieländern auf dem niedrigsten Stand seit vielen Jahren ist und daß die überhöhte Ölpreissteigerung von 1979/80 zur Zeit wenigstens teilweise wieder abgebaut wird.
3. Eine wirtschaftliche Erholung ist der Schlüssel zu einer dauerhaften Lösung für viele unserer derzeitigen Schwierigkeiten. In den USA und in einigen wenigen anderen Industrieländern gibt es zunehmend Zeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Es ist allerdings zweifelhaft, ob diese spontane wirtschaftliche Erholung angesichts der starken Verzerrungen innerhalb des Weltwirtschaftsgefüges kräftig und dauerhaft genug sein wird. Ohne gemeinsame Anstrengungen der größeren Industrieländer unter Führung der Vereinigten Staaten werden sich diese Verzerrungen nicht beseitigen lassen. Sollte die wirtschaftliche Erholung aber ins Stocken geraten, würde dadurch das Vertrauen in die Führung des Westens ernsthaft untergraben und die Gefahr einer politischen Destabilisierung erheblich vergrößert.
4. Es wird keinen nachhaltigen Aufschwung in der Weltwirtschaft geben, solange die Realzinsen extrem hoch bleiben. Die derzeitigen und die zu erwartenden strukturellen Haushaltsdefizite sind eine wesentliche Ursache der hohen Zinsen. Bei der notwendigen Senkung des Weltzinsniveaus fällt den Vereinigten Staaten wegen ihres relativen Gewichts die Führungsrolle zu. Selbst ein Realzins für langfristige Kredite, der unter dem derzeitigen Zinsfuß von fünf bis sieben Prozent läge, wäre - historisch gesehen - für die Vereinigten Staaten immer noch sehr hoch.



Im vergangenen Jahr hat die amerikanische Bundesbank ihren strikten monetaristischen Kurs sehr mutig revidiert. Diesen gemäßigteren Kurs wird sie, ohne erneut inflationäre Erwartungen zu wecken, allerdings nur steuern können, wenn fest mit einer Verringerung des Vollbeschäftigungsdefizits im amerikanischen Haushalt gerechnet werden kann. Die für das Haushaltsjahr 1985 und darüber hinaus erwarteten Defizite sind weitgehend strukturell bedingt. Anhaltende strukturelle Defizite in der Größenordnung von vier bis fünf Prozent des Bruttosozialprodukts würden einen ungewöhnlich hohen Anteil an den Nettoersparnissen beanspruchen, die Kapitalmärkte belasten, die Realzinsen hoch halten, Auslandsgelder anziehen und damit zu einer Überbewertung des Dollars beitragen. Daher ist eine Umkehr in der amerikanischen Haushaltspolitik dringend geboten.

5. Eine weitere Senkung des amerikanischen Zinsniveaus ist nicht nur vom Standpunkt der Vereinigten Staaten höchst wünschenswert, sondern auch im Interesse der Weltwirtschaft. Sie würde Investitionen in Sachanlagen wieder attraktiver machen als solche in Finanzanlagen. Sie würde anderen Ländern eine Senkung ihres eigenen Zinsniveaus erleichtern. Sie würde die Last des Schuldendienstes für Entwicklungsländer erheblich mindern. Sie würde zur Bildung einer Wechselkursstruktur beitragen, die sich stärker an den grundlegenden wirtschaftlichen Gegebenheiten orientiert, und damit protektionistischen Druck abbauen helfen. Schließlich würde sie Ländern wie Großbritannien, Japan und die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Inflationsrate unter Kontrolle gebracht haben und deren Leistungsbilanz in Ordnung ist, jetzt die Maßnahmen erleichtern, die zu wirtschaftlicher Expansion führen und damit die Erholung der amerikanischen Wirtschaft auf eine breitere Basis stellen würden. Länder wie Frankreich und Italien sollten ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Inflation und zur Verringerung ihrer Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizite fortsetzen. Kanada wird einer der Hauptnutznießer einer Erholung der amerikanischen Wirtschaft sein, die zur Verringerung seiner sehr hohen Arbeitslosenrate und seiner Haushaltsdefizite beitragen wird.

Ein solches Bündel sich gegenseitig stützender Änderungen in der Haushalts- und Geldpolitik ist für eine ausgewogene Erholung der Weltwirtschaft wesentlich."

Teilnehmer waren folgende Herren:

Abdul Aziz Alquraishi (Saudi-Arabien)
Guido Carli (Italien)
Herbert Grünwald (Bundesrepublik Deutschland)
Takashi Hosomi (Japan)
Milton W. Hudson (USA)
Manfred Lahnstein (Bundesrepublik Deutschland)
Harold Lever (Großbritannien)
Donald S. MacDonald (Kanada)
Robert Marjolin (Frankreich)
Robert S. McNamara (USA)
I.G. Patel (Indien)
Eric Roll (Großbritannien)
Helmut Schmidt (Bundesrepublik Deutschland).

(-/31.5.1983/ks/rs)

+ + +

